

Informationen zum Datenschutz hinsichtlich der Datenverarbeitung der internen Meldestelle der Ärztekammer Sachsen - Anhalt nach dem Hinweisgeberschutzgesetz gem. Art. 13, 14 DS-GVO

Nachfolgend erteilen wir Ihnen im Zusammenhang mit Meldungen an die interne Meldestelle nach dem Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) notwendige Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

1. Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung

Ärztekammer Sachsen-Anhalt,
Körperschaft des öffentlichen Rechts,
Doctor-Eisenbart-Ring 2, 39120 Magdeburg
Telefon: 0391 6054-6
Telefax: 0391 6054-7000
E-Mail: gf@aeksa.de

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter

E-Mail: datenschutzbeauftragter@aeksa.de
oder postalisch unter oben angegebener Adresse mit dem Zusatz „Datenschutzbeauftragter“.

2. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Im Rahmen des Hinweisgeberschutzgesetzes sind wir angehalten, eine interne Meldestelle zur Meldung von Verstößen vorzuhalten. Zweck ist die Sicherstellung der Einhaltung geltender Gesetze im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit. Gemeldet oder offengelegt werden können u.a. Informationen über Verstöße, die strafbewehrt oder bußgeldbewehrt (soweit die verletzte Vorschrift dem Schutz von Leben, Leib oder Gesundheit oder dem Schutz der Rechte von Beschäftigten dient) sind bzw. über Verstöße gegen Rechtsvorschriften des Bundes und der Länder sowie unmittelbar geltende Rechtsakte der EU und der Europäischen Atomgemeinschaft. Beispielhaft seien Verstöße gegen Vorgaben zum Strafrecht, Steuerrecht, Umweltrecht, Datenschutzrecht und die Produktsicherheit genannt.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist primär Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO i.V.m. dem HinSchG, im Speziellen vor allem § 10 HinSchG sowie Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO, sofern Sie uns für die jeweilige Verarbeitung Ihre Einwilligung erteilt haben. Datenverarbeitungen im Rahmen von Aufklärungen im Beschäftigtenverhältnis sind gemäß § 26 Abs. 1 Satz 2 BDSG möglich. Besondere Kategorien personenbezogener Daten werden nach Maßgabe von Art. 9 Abs. 2 i.V.m. § 22 BDSG verarbeitet. Hinzu kommt die Wahrnehmung berechtigter Interessen nach Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO, welche die Ärztekammer Sachsen-Anhalt oder ein Dritter vorbringen können. Darunter zu zählen sind u.a. die Verbesserung der Qualitäts- und Sicherheitsstandards, Rechtsverteidigungsinteressen oder die Unterstützung von Betroffenen.

3. Gesetzliche und/oder vertragliche Pflichten zur Bereitstellung

Eine Verpflichtung zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist weder gesetzlich noch vertraglich vorgesehen. Ebenso ist die Bereitstellung nicht für einen Vertragsschluss erforderlich. Konsequenz einer Nichtbereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten könnte sein, dass Ermittlungen und Nachforschungen sich schwieriger gestalten und Nachfragen ggf. nicht erfolgen können.

4. Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden

Im Rahmen der Bearbeitung von Meldungen verarbeiten wir zunächst Datum und Uhrzeit der Meldung, relevante Inhaltsangaben und Hinweise. Sofern Sie als hinweisgebende Person Ihre Identität offenlegen, erfassen wir auch die von Ihnen angegebenen Daten (wie Vorname, Nachname, Beziehung zur Ärztekammer Sachsen-Anhalt) sowie nach Absprache Ihre berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse zur Kontaktaufnahme und für eventuelle Rückfragen. Ebenso ist aber auch eine anonyme Kommunikation möglich.

Im Rahmen von Aufklärungsmaßnahmen werden zudem ggf. personenbezogene Daten sonstiger Personen erfasst, die von einer Meldung oder Offenlegung betroffen sind und entsprechend auszuwertende Datensätze verarbeitet. In Betracht kommen als personenbezogene Daten hierbei: Name, Vorname, Position, Organisation; eine sachliche Beschreibung des Verstoßes/Fehlverhaltens sowie eine Beschreibung der Umstände des Vorfalls, einschließlich Zeit und Ort des Vorfalls. Dies kann auch besondere Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 Abs. 1 DS-GVO umfassen. Sollten personenbezogene Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten Inhalt der Untersuchungen sein, erfolgt die Verarbeitung unter Beachtung von Art. 10 DS-GVO und § 26 Abs. 1 Satz 2 BDSG.

Sofern wir personenbezogene Daten nicht von Ihnen selbst erhalten, wurden diese uns von einer hinweisgebenden Person oder einer diese unterstützenden Person mitgeteilt und übermittelt.

5. Dauer der Datenspeicherung

Die im Rahmen des Hinweisgeberprozesses erhobenen Daten werden gemäß § 11 Abs. 5 HinSchG für drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens aufbewahrt und danach gelöscht. Die Dokumentation kann länger aufbewahrt werden, um die Anforderungen nach dem HinSchG oder nach anderen Rechtsvorschriften zu erfüllen, solange dies erforderlich und verhältnismäßig ist. Eine längere Aufbewahrung ist zudem im Rahmen der Geltendmachung von Rechtsansprüchen möglich.

6. Empfänger der personenbezogenen Daten

Für die Entgegennahme von Meldungen nach dem HinSchG ist in unserem Hause ... zuständig. Zur Abgabe von Meldungen nutzen Sie bitte unser eigens dafür eingerichtetes Portal der Trusty AG (webbasierte Whistleblowing-Anwendung).

Die Trusty AG, Riedstrasse 7, 6330 Cham, Schweiz ist ein von uns, im Rahmen der Auftragsverarbeitung nach Art. 28 DS-GVO gebundener Dienstleister, der ggf. im Ausnahmefall Kenntnis Ihrer personenbezogenen Daten erlangen kann.

Als Folgemaßnahmen können zudem betroffene Personen und Arbeitseinheiten nach § 18 HinSchG kontaktiert werden. Für weitere Untersuchungen kann das Verfahren auch an Behörden oder interne Ermittlungseinheiten abgegeben werden.

Neben öffentlichen Stellen können auch nichtöffentliche Stellen wie Anwaltskanzleien, Versicherungs- oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften unter Beachtung der einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorgaben in die Aufklärungsarbeit mit einbezogen werden. Eine Übermittlung ins Drittland erfolgt dahingehend, dass unser Dienstleister seinen Sitz in der Schweiz hat. Die Schweiz verfügt über einen Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission. Die Anwendung wird zudem auf einem virtuellen Server in Nürnberg gehostet.

7. Automatisierte Entscheidungsfindung

Ein Verfahren zur automatisierten Entscheidungsfindung wird nicht angewandt.

8. Quelle der personenbezogenen Daten

Sofern Sie eine dritte Person sind, die von der Meldung umfasst ist, erhalten wir Ihre personenbezogenen Daten von dem Meldenden. Diese können intern mit weiteren von Ihnen vorliegenden personenbezogenen Daten verknüpft werden. Ihre Daten entstammen nicht aus öffentlich zugänglichen Quellen.

9. Ihre Rechte

Sie haben das Recht auf Auskunft über die von uns zu Ihrer Person verarbeiteten personenbezogenen Daten, Art. 15 DS-GVO. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass bei einer Auskunftsanfrage unsererseits ein Identitätsnachweis verlangt werden kann. Ferner haben Sie ein Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch, soweit Ihnen das gesetzlich zusteht (Art. 16-21 DS-GVO).

Information zum Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO

Sie können den Verarbeitungen Sie betreffender personenbezogener Daten, die wir aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DS-GVO vornehmen, jederzeit widersprechen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Sollten die personenbezogenen Daten auf Grund Ihrer Einwilligung erhoben worden sein, haben Sie das Recht, diese Einwilligung uns gegenüber jederzeit für die Zukunft zu widerrufen. Etwaige Aufbewahrungspflichten sind durch uns einzuhalten.

Sie haben ebenso das Recht, sich über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch uns bei einer Aufsichtsbehörde für den Datenschutz zu beschweren, Art. 77 DS-GVO. Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Sachsen-Anhalt
Geschäftsstelle und Besucheradresse: Otto-von-Guericke-Straße 34a, 39104 Magdeburg;
Postfach 19 47, 39009 Magdeburg;
Telefon: 0391 81803-0, Telefax: 0391 81803-33, E-Mail: poststelle@fd.sachsen-anhalt.de

Wir behalten uns vor, die vorliegende Datenschutzinformation regelmäßig anzupassen oder aufgrund aktueller Rechtslage zu erneuern.